

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

Georg Schlaga MdB, Stellvertretender Vorsitzender der Außen- und Sicherheitspolitik der SPD-Bundestagsfraktion, mahnt: Anwar el Sadats Mörder dürfen ihr Ziel nicht erreichen.

Seite 1

Josef Vosen MdB dokumentiert: Niemand tut mehr für den Frieden als Bundesregierung und SPD.

Seite 3

Erwin Horn MdB zieht Bilanz einer überzeugenden Sicherheitspolitik: Einmaliger Verteidigungsbeitrag.

Seite 4

Rolf Böhme MdB zur Aufhebung des sogenannten Bauherren-Modells: Ungleichmäßigkeit beseitigen.

Seite 6

Buchbesprechung:

Heinz Rapp MdB über Curlands "Die CDU/CSU, Ursprünge und Entwicklung bis 1953": Von zeitgeschichtlich bleibendem Wert.

Seite 7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 812-1

36. Jahrgang / 191

7. Oktober 1981

Weiterführen, was durch sein Entgegenkommen möglich war

Anwar el Sadats Mörder dürfen ihr Ziel nicht erreichen

Von Georg Schlaga MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Der Mord an Anwar el Sadat hat in Ägypten und weltweit Bestürzung, Trauer und Sorge um die Zukunft ausgelöst. Es gab aber auch, wie in Beirut, Tripolis und Teheran Freuden-schüsse und offen geäußerte Genugtuung. Sadat, der Friedensnobelpreisträger, hatte viele Feinde - Todfeinde, wie sich zeigt.

Der ägyptische Staatspräsident, wohl im Grunde ein konservativer Mann, hat eine eigenwillige, ja eine revolutionäre Außenpolitik betrieben. Er hat jahrzehntealte Positionen der arabischen Staaten verlassen. Er hat das erste und bisher einzige arabische Land für Beziehungen zu Israel geöffnet. Er hat die praktische Konsequenz aus der Erkenntnis gezogen, daß eine Friedensregelung im Nahen Osten von allen Beteiligten akzeptiert werden muß, wenn sie Bestand haben soll, von den arabischen Staaten, von den Palästinensern, von den Großmächten - aber auch von Israel.



Niemand anderer als er, der ägyptische Staatspräsident, hatte mehr Anlaß und mehr Recht, Wege zum Frieden im Nahen Osten zu suchen. Sein Land hatte mit am meisten unter den Kriegen in der Region zu leiden, seine Truppen haben 1973 die Chance für eine Verhandlungslösung geöffnet.

Sadat hat sie genutzt. Er hat seine ganze Kraft auf eine Friedenslösung gerichtet, er hat alles riskiert, was er hatte - auch sein Leben. Nichts ist ihm leichtgemacht worden. In der arabischen Welt wurde er isoliert, Israel hat sein großzügiges Angebot mit weniger Flexibilität beantwortet, als es wünschenswert und, wie ich meine, möglich gewesen wäre.

Die Friedensaussichten, die sich im Nahen Osten eröffnet haben, sind untrennbar mit der Person Anwar el Sadat verbunden.

Wir sind tief besorgt, wenn wir in die Zukunft blicken. Werden alle Regierungen, die Sadats Politik gutgeheißen haben, den Weg weitergehen, den er gewiesen hat? Behalten die getroffenen Vereinbarungen ihre Gültigkeit?

Besondere Verantwortung wird auf jene zukommen, die mit Sadats Politik besonders eng verbunden waren: Auf Israel und die USA. Ihnen obliegt es, fortzusetzen, was sie mit ihm begonnen hatten. Besonders die Regierung in Jerusalem ist aufgerufen, weiterzuführen, was durch sein Entgegenkommen möglich geworden war. Nur dann kann verhindert werden, daß die Mörder von Anwar el Sadat den Erfolg haben, den sie anstreben.

(-/7.10.1981/ks/ca)

+ + +



Von niemandem übertroffen

Niemand tut mehr für den Frieden als Bundesregierung und SPD

Von Josef Vosen MdB

Es ist wahr: Seit März 1980 bemüht sich die Bundesregierung den für Sozialdemokraten ersten und wichtigsten Teil des sogenannten Doppelbeschlusses "Verhandeln" zu realisieren.

Diesem Zweck diente die Reise des Bundeskanzlers im März 1980 nach Washington, die Reise Schmidts und Genschers vor der Bundestagswahl im Juni/Juli 1980 nach Moskau und anschließend im November 1980 nach Washington. Hierbei erfolgten erste Gespräche mit dem damaligen, noch nicht antretenden, Wahlsieger Ronald Reagan.

Die Wahlentscheidung der Amerikaner machte im übrigen die Sache nicht leichter. Auch die Reise Genschers im März 1981 nach Washington und im April 1981 nach Moskau sollte Verhandlungen in Gang setzen.

Die Reise Egon Bahrs im Juni 1981 und die im gleichen Monat stattfindende Brandt/Wischnewski-Reise nach Moskau, unterstützen die Bemühungen der Bundesregierung. Eine Unterrichtung des neuen US-Außenministers Haig im Juli 1981 schloß sich an.

Auch im NATO-Rat im Mai 1981 in Rom und im gleichen Monat im Verteidigungs-Planungsausschuß der NATO in Brüssel plädierten Außen- und Verteidigungsminister der Bundesrepublik für Verhandlungen zwischen den Großmächten.

Die Reise Egon Bahrs im September dieses Jahres und die neuerliche Reise Willy Brandts nach Washington sind jüngste Initiativen.

So zieht sich wie ein roter Faden das ständige Bemühen der Regierung und der SPD-Spitzen durch die Außenpolitik der Bundesregierung, zu Verhandlungen zwischen den Großmächten zu kommen.

Diese Politik zeigt erste Erfolge, wie das Schlußkommuniqué zwischen den Außenministern Gromyko und Haig in New York im September 1981 und der dort bekundete Wille, am 30. November formelle Verhandlungen über Mittelstreckenraketen aufzunehmen, beweisen. Eigenartigerweise finden diese Mühen in der bundesdeutschen Öffentlichkeit nicht die entsprechende Würdigung. Um so mehr wird der Eindruck erweckt, daß der zweite Teil des Doppelbeschlusses, die Nachrüstung, Ziel der Regierung Schmidt/Genscher sei.

Anders sieht es das Ausland. So spricht der in diesen Tagen wiedergewählte Vorsitzende der Labour Partei in England, Michael Foot, öffentlich auf dem Parteitag in Brighton am 29. September 1981 den deutschen "Genossen" den Verdienst zu, "die Amerikaner an den Verhandlungstisch gebracht zu haben".

Das gleiche gilt auch zur sowjetischen Seite hin, Schmidts erster Durchbruch beim Versuch, die sowjetische Seite zu Verhandlungen zu bringen (Juni 1980 in Moskau), wird beim bevorstehenden Breschnew-Besuch in Bonn (November 81) verstärkt werden.

Es ist an der Zeit, daß Sozialdemokraten mehr als bisher deutlich machen, wie um Verhandlungen und um konkrete Ergebnisse gerungen wird. Bei der Politik für den Frieden werden sich Sozialdemokraten in enger Verbindung mit den Gewerkschaften schon aus ihrer Tradition heraus von niemandem übertreffen lassen.

(-/7.10.1981/hl/ca)

+

+

+



Einmaliger Verteidigungsbeitrag

Bilanz einer überzeugenden Sicherheitspolitik

Von Erwin Horn MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Verteidigungsausschusses

Unter einem Wust von Schlagworten wie Bürokratie, Praxisvernachlässigung, Mangel an Menschenführung und Sozialabbau der Bundeswehr versucht die CDU/CSU in ihrer Großen Anfrage vom 17. August 1981 die Leistungen der Bundesrepublik Deutschland für unsere gemeinsame Sicherheitspolitik herabzusetzen und die Bundeswehr zu verunsichern. Dem möchte ich die entscheidenden überprüfbaren Daten gegenüberstellen. Sie machen die Leistung der Bundesrepublik Deutschland in dem Verteidigungsbeitrag für das Bündnis sichtbar und sprechen für sich.

- In den letzten zehn Jahren wurde der Personalbestand der Bundeswehr von 465.000 auf 495.000, also um 30.000 Mann vergrößert.
- In dieser Zeit wurde der Verteidigungshaushalt um jährlich drei Prozent real erhöht.
- Die Bundeswehrausrüstung wurde für rund 55 Milliarden DM modernisiert.
- Wir haben uns die Fähigkeit erworben, in etwa 72 Stunden insgesamt 1,2 Millionen Soldaten ausgebildet und bewaffnet einsatzbereit zu haben.
- Wir sind das einzige Land, in dem der Verteidigungsminister - rein rechtlich gesprochen - in alleiniger Entscheidung Wehrpflichtige während einer Zeit von zwölf Monaten im Anschluß an den Grundwehrdienst zum Wehrdienst in der Verfügungsbereitschaft einziehen kann für eine Dauer, über die er befindet.
- Die Bundesrepublik Deutschland stellt heute etwa 50 Prozent der Nato-Landstreitkräfte in Mitteleuropa, 50 Prozent der bodengebundenen Luftverteidigung, 30 Prozent der Kampfflugzeuge und in der Ostsee 70 Prozent der Seestreitkräfte sowie 100 Prozent der Seeluftstreitkräfte.



- Unsere zwölf Divisionen haben alle den höchsten Bereitschaftsstatus.
- Kein anderes Partnerland im Bündnis hat auf seinem Territorium so viele Stationierungsstreitkräfte wie wir. Der Wert der dafür bereitgestellten Liegenschaften beträgt allein 40 Milliarden DM, der jährliche Nutzungswert wird auf zwei Milliarden DM geschätzt.
- In keinem anderen Bündnisland finden in gleicher Häufung wie bei uns Manöver statt.
- In keinem anderen Partnerland sind so viele Nuklear-Sprengköpfe gelagert wie in der Bundesrepublik Deutschland.
- Als einziges Land neben den Vereinigten Staaten leisten wir heute Verteidigungshilfe an die Türkei, Griechenland und Portugal.
- Hinzu kommen die Ausgaben für die Sicherheit und Lebensfähigkeit von Berlin, die allein im Jahre 1980 rund 13 Milliarden DM aus dem Bundeshaushalt erforderte.

Zusammengefaßt heißt das: Im Verhältnis zur Bevölkerungszahl verfügt die Bundesrepublik Deutschland über doppelt so viel ausgebildete Soldaten wie die USA und rangiert an zweiter Stelle hinter Amerika hinsichtlich seiner Verteidigungsausgaben pro Kopf der Bevölkerung, bemessen am Bundeshaushalt und in Bezug auf die gesamten Verteidigungsausgaben.

Der Generalsekretär der Nato, Luns, hat sich erst vor wenigen Tagen vor der Arms Control Association in Brüssel entschieden vor die Politik der Bundesregierung gestellt und sie als vorbildlich für andere Staaten des Bündnisses bezeichnet.

Unsere Verteidigungsfähigkeit muß sich langfristig auf wirtschaftliche Stabilität und sozialen Ausgleich gründen. Unser Ziel ist eine allumfassende Sicherheitspolitik, die zu weiteren Schritten in der Rüstungskontrolle und zu Ergebnissen in der Abrüstung führt.

(-/7.10.1981/vo-he/ca)

+

+

+



Ungleichmäßigkeit beseitigen

Die Aufhebung der Mehrwertsteuer-Option beim sogenannten Bauherren-Modell

Von Rolf Böhme MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen

Der von der Bundesregierung eingebrachte Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Investitionstätigkeit im Baubereich und zum Abbau ungleichmäßiger Besteuerung in der Wohnungswirtschaft (BT-Drucksache 9/643 vom 28. September 1981) sieht in Artikel 2 die Aufhebung der Mehrwertsteuer-Option beim sogenannten Bauherren-Modell vor. Die Neuregelung soll für alle Wohnungen angewandt werden, die nach dem 1. Januar 1984 fertiggestellt worden sind.

Im folgenden sollen nochmals die Gründe aufgezeigt werden, die die Bundesregierung zu ihrem Änderungsvorschlag veranlaßt haben.

Die Vermietung und Verpachtung von Grundstücken, einschließlich Wohnungen, ist von der Umsatzsteuer befreit. Auf diese Steuerbefreiung kann der Unternehmer verzichten, wenn er den Umsatz an einen anderen Unternehmer ausführt. Mit dem Verzicht auf die Steuerbefreiung hat der Unternehmer gleichzeitig die Möglichkeit des Vorsteuerabzugs, der im Vergleich zur Versteuerung der Mieten in der Regel wirtschaftlich vorteilhafter ist.

Diese Rechtslage macht sich das sogenannte Bauherren-Modell zu Nutze. Aufgrund der geschilderten Gestaltungsmöglichkeit haben deshalb viele Eigentümer ihre Bauherren-Mietwohnungen in vielen Fällen nicht unmittelbar an die privaten Wohnungssuchenden, sondern an zwischengeschaltete Unternehmer vermietet. Diese haben dann ihrerseits die Wohnungen an die privaten Wohnungssuchenden weitervermietet. Gleichzeitig haben die Bauherren-Eigentümer auf die Steuerbefreiung für die Vermietung an die zwischengeschalteten Unternehmer verzichtet und sich auf diese Weise die Möglichkeit des Vorsteuerabzugs verschafft.

Diese Gestaltung hat zu einer ungleichmäßigen Umsatzsteuerbelastung beim Bau von Mietwohnungen geführt. Für das Jahr 1982 ist davon auszugehen, daß durch zwischengeschaltete Unternehmer rund 600 Millionen DM Umsatzsteuer "erspart" wurde, während gleichzeitig rund 70.000 neue Wohnungen unmittelbar und damit ohne Optionsmöglichkeit an private Wohnungssuchende vermietet werden. Die Umsatzsteuerbelastung dürfte bei diesen Wohnungen bei rund 1,6 Milliarden DM liegen. Diese Ungleichmäßigkeit der Besteuerung soll durch die gesetzliche Neuregelung beseitigt werden.

Zum Inkrafttreten der neuen Vorschrift hat sich die Bundesregierung für eine Übergangsregelung entschieden. Hierbei wurde nicht auf den Zeitpunkt des Antrags auf Baugenehmigung abgestellt. Maßgebend war hierfür, daß damit die Beseitigung der ungleichmäßigen Umsatzsteuerbelastung im Wohnungsbau auf längere Zeit hinausgeschoben worden wäre. Baukonjunkturell ist eine längere Übergangsfrist auch nicht geboten, weil gleichzeitig schon ab 30. Juli 1981 die Abschreibungssätze im Wohnungsbau massiv verbessert und damit erhebliche Anreize für die Baukonjunktur geschaffen wurden. Die Bundesregierung hat deshalb vorgeschlagen, die Übergangsregelung auf den Zeitpunkt der Fertigstellung der Wohnungen abzustellen und als Zeitpunkt den 1. Januar 1984 zu wählen. Diese Übergangsregelung soll den Unternehmern die Möglichkeit geben, sich in ihren Dispositionen auf die neue Rechtslage einzustellen und insbesondere geplante oder im Bau befindliche Projekte noch nach bisherigem Recht abzuwickeln.

(-/7.10.1981/ks/ca)

+ + +



Buchbesprechung

Gurland, Arcadius R.L.: "Die CDU/CSU, Ursprünge und Entwicklung bis 1953", Frankfurt, EVA, 48,-- DM.

Von zeitgeschichtlich bleibendem Wert

Offensichtlich ist die umfangreiche Studie des "gelernten Marxisten" A.R.L. Gurland über Ursprünge und Entwicklung der CDU/CSU in der demokratie-pädagogischen Absicht des einstigen Berliner Instituts für Politikwissenschaften geschrieben worden. Gurland arbeitet ideologiekritisch ein breites Material auf; die Ergebnisse sind - obwohl die Studie fragmentarisch bleibt - von zeitgeschichtlich bleibendem Wert.

Das Buch wurde 1954 abgeschlossen, 1980 kam es - der Autor ist 1979 verstorben - auf den Markt. Im Klappentext findet sich der Hinweis, "vielerlei Gründe" hätten eine frühere Publikation verhindert. Wer das umfangreiche "Personenpanorama der CDU/CSU-Gründerzeit" Revue passieren läßt, wird solche Gründe auch in der Entwicklungsgeschichte des Berliner Instituts vermuten.

Trotz der dreißigjährigen Distanz zur Gründerzeit der CDU/CSU hat der Leser nie das Gefühl, lediglich in der Loge der Zeitgeschichte zu sitzen. Im Gegenteil: Angesichts heutiger "Sinnkrisen" wirken die damaligen Auseinandersetzungen um einen "Sozialismus aus christlicher Verantwortung" geradezu bestürzend aktuell.

Wie es möglich war, daß die vom "Katakombengeist" der NS-Zeit geprägten und im christlichen Widerstand gehärteten "Gründerkreise" (in Köln, Frankfurt, Wuppertal, Würzburg, Berlin) schließlich zu einer "Union" zusammenfanden, die sich - entgegen den Ursprungshoffnungen - nach und nach in das Selbstverständnis einer "Volkspartei rechts von der SPD" hinein entwickelte - es ist schon spannend zu lesen, wie Gurland diesen Prozeß schildert. In den grundlegenden Wertüberzeugungen der "Stunde Null" war das jedenfalls nicht angelegt: Restlose Beseitigung des Nazismus und gemeinwirtschaftliche Gestaltung von Gesellschaft und Staat waren der gemeinsame Fundus des Neubeginns. Am Ende des Prozesses - 1947 war der "Positionswechsel" im wesentlichen schon vollzogen - stand eine Partei, die soziale Restauration und kapitalistischen Wiederaufbau betrieb (und für jene, die auf diesem Weg ihre Überzeugung dreingeben mußten, den Trost bereit hielt, konfessionelle und traditionelle Hindernisse - vom "Ausbruch aus dem Zentrums-Turm" war die Rede - überwunden zu haben). Ihre politische Funktion, unterschiedlichste Interessen auf den kleinsten gemeinsamen Nenner hin zu moderieren und so zu integrieren, erwies sich als überaus wählerwirksam.

Die von Gurland sorgfältig interpretierten Quellen machen deutlich, daß der 1945/46 in allen Besatzungszonen intensiv diskutierte "christliche Sozialismus" ernst gemeint war; die erörterten Konzepte zielten vielerorts über die Einheitsgewerkschaft hinaus auf eine "Arbeiterpartei nach britischem Vorbild". Wenn diese Impulse wie gesagt schon 1947 erloschen, so mag dabei Enttäuschung über traditionelles SPD-Verhalten, vielleicht auch die persönliche Intransigenz von Kurt Schumacher, eine Rolle gespielt haben. Der programmatische Wandel vom Juni 1945 bis letztlich zum Juli 1949, von den Kölner bis zu den Düsseldorfer Leitsätzen, läßt sich damit jedoch nicht erklären: Zum einen haben im beginnenden Kalten Krieg die Westalliierten der "Sozialisierungsrhetorik" (Gurland) Grenzen gezogen, zum anderen aber hieß der Vorsitzende der CDU in der Britischen Zone Konrad Adenauer - ein Factum, das Fatum wurde. Die Frage stellt sich, ob ohne ihn die (freilich auf lange Zeit von der katholischen Amtskirche abgesicherte) Entwicklung weg von den weltanschaulichen Anfängen und hin zur "praktischen Gegenwartsbewältigung" möglich gewesen wäre.



Unbeschadet seiner persönlichen Überzeugung, der Nationalsozialismus sei "Abfall von Gott", hielt Adenauer nichts von "Übertriebener Entnazifizierung". Wenn Gewerkschafter wie Johannes Albers und Karl Arnold das Großkapital für "hauptschuldig" erklärten, so galt Adenauer der "preußische Militarismus" als böser Geist der Vergangenheit. Adenauer dachte schlicht: "Man muß sich mit den Besatzungsmächten so weit einigen, daß die Wirtschaft wieder in Gang gebracht, das Arbeits- und Energiepotential des Landes und seiner Menschen von neuem mobilisiert werden kann, alles andere wird sich dann schon von selbst ergeben." Mochten Leo Schwing oder die Dominikaner von Walberberg gegen den materialistischen Kapitalismus wettern und christliche Gewerkschafter in den "schwerindustriellen Familien die Steigbügelhalter des Nazismus" erkennen - für Adenauer war das ohne Relevanz. Das Pathos eines Adam Stegerwald, der bei seiner CSU-Gründung in Würzburg durch die Zusammenarbeit von Arbeitern und Bauern eine "neue Welt" aufsteigen sah, war dem alten Kommunalpolitiker Adenauer ebenso fremd wie der akademische Katholizismus eines Eberhard Welty, der "soziale Liebe und Gerechtigkeit" predigte. Noch im Frühjahr 1947 gab es den eindrucksvollen Versuch, den Impetus der Stunde Null programmatisch zur Sprache zu bringen: Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien, volkswirtschaftliche Planung und gewerkschaftliche Mitbestimmung waren die tragenden Säulen des von den Sozialausschüssen der CDU erarbeiteten Ahlener Programms. Adenauer spielte so lange mit, als es wahltaktisch galt, Arbeiterstimmen einzusammeln; nachdem dies gelungen war, wischte er das Programm vom Tisch.

Schon im Frühjahr 1946 wurde in einzelnen Kreisen der Westzonen-CDU gegen die Verwendung des Sozialismus-Begriffs opponiert; die Ost-CDU unter Jakob Kaiser hielt ihn - einen sowjetfreundlichen Kurs steuernd und in der Illusion einer "Synthese von Ost und West" befangen - noch am Leben. Adenauer hingegen war bereits dazu übergegangen, die "Gefahr aus dem Osten" zu beschwören und vor einer angeblich drohenden "SPD-Diktatur" zu warnen. Daß dabei die "christlichen Sozialisten" der eigenen Partei in arge Verlegenheit gerieten, war gewollt, die dilatorische Behandlung der Sozialisierungsfrage in den Landtagen von Nordrhein-Westfalen und Hessen die Folge.

Nach Gurlands Darstellung lassen sich für die Jahre 1945 bis 1953 fünf Phasen der Geschichte der CDU/CSU unterscheiden:

- Die "linke Programmatik" der Kölner Leitsätze wurde im Dezember 1945 bei der ersten Reichstagung in Bad Godesberg bestätigt.
- Das Programm von Neheim-Hüsten, das deutlich Adenauers Handschrift trug, leitete im März 1946 eine Übergangsphase ein, in der die CDU bei Kommunal- und Landtagswahlen erfolgreich war.
- Seit Anfang 1947 arbeitete die CDU eng mit dem noch parteilos-liberalen Direktor des Frankfurter Wirtschaftsrates Ludwig Erhard zusammen. Man hatte sich eines erheblichen Potentials an Arbeiterwählern versichert - die Rhetorik des Ahlener Programms konnte verblassen und verstummen. Nach der Währungsreform der Alliierten trat die lange vorbereitete "revolutionäre Wende" in der CDU-Terminologie ein.
- Die vierte Phase der Parteientwicklung, die sich in den Düsseldorfer Leitsätzen von 1949 dokumentiert, stellt die "soziale Marktwirtschaft" diametral gegen jede "Planwirtschaft", wobei deren Charakterisierung als "sozialistisch" bereits als Diskriminierung gemeint war.



- Der fünfte Abschnitt beginnt mit dem ersten Bundesparteitag 1950 in Goslar, der den Bundeskanzler Adenauer zum Vorsitzenden wählte. Die Programmatik der Union wird nunmehr zur "Kabinettsache"; sie akklamiert jeweils dem Regierungskurs. CDU/CSU sind Staatsparteien in der Kanzlerdemokratie geworden, die zwar Wahlen gewinnen, dabei aber Mitglieder und geistiges Profil verlieren. Erst der "Machtwechsel" von 1969 sollte der Union wieder Gelegenheit geben, sich organisatorisch und konzeptionell vom Selbstverständnis eines Kanzlerwahlvereins zu lösen; neun Jahre gingen ins Land, bis die Partei sich in Ludwigshafen 1978 ein neues Grundsatzzprogramm geben konnte.

Der "Sozialismus aus christlicher Verantwortung" hatte schon lange keine Chance mehr. Die gesellschaftliche und staatliche Neuordnung war dem Kalten Krieg zum Opfer gefallen und im Wirtschaftswunder vollends aus dem Bewußtsein verdrängt worden. Adenauer hatte für all dies die Zauberformel erfunden: "Sozialismus = Marxismus = Bolschewismus". Das war Programm genug - und zugleich kleinster gemeinsamer Nenner zur Moderierung und Integrierung unterschiedlichster Interessen. Nicht der Antinazismus, wie die "Gründerkreise" hofften, sondern der Antikommunismus wurde zur Basisdoktrin des neuen Staates. Hatte Karl Arnold noch (vergeblich) die "Neuordnung von Grund aus" (Ahlener Programm) einzuklagen versucht, so konnte Josef Würmeling alsbald - auf den Wiederaufbau verweisend - mit der Forderung nach "christlichem Verzeihen und Vergessen" gegenhalten. Wer weiterhin auf der "Bewältigung der Vergangenheit" beharrte, riskierte, ins gesellschaftliche Abseits abgedrängt zu werden.

Es ist das Verdienst von Arcadius Gurland, diese Hypothek und ihre Folgen für die politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland mit (unter heutigen Politologen leider selten gewordener) Genauigkeit notiert zu haben. Man möchte dem Buch von Gurland Leser wünschen, die an die Lektüre mit der Vorstellung herangehen, die Sozialenzyklika *Laborem Exercens* des Jahres 1981 wäre den Katholiken und "den Menschen guten Willens" schon im Jahre 1946 gegeben worden: Der Gedanke liegt nahe, daß wir dann heute in der Bundesrepublik Deutschland ein anderes Parteiengefüge hätten.

Nicht zuletzt den Delegierten der 19. Bundestagung der CDU/CSU-Sozialausschüsse CDA am kommenden Wochenende im Mannheimer Rosengarten sei das Buch empfohlen. Ihnen könnte die Lektüre manche Erinnerung an die einstige Größe ihrer vergessenen Ideen wachrufen und Bitternis über ihre heutige Bedeutungslosigkeit.

Heinz Rapp MdB

(-/7.10.1981/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

